



AMTSBLATT

DES KREISES WŁOSZCZOWA

Nr. 5.

Włoszczowa, am 1. Juni 1918.

INHALT: 1. Weitere Einlösung der 10. Heller-Nickelmünzen. 2. Verordnung vom 17. Mai 1918, betreffend den Reiseverkehr zwischen dem Okkupationsgebiete einerseits, Russland und der Ukraine anderseits. 3. Umzäunen der privaten Steinbrüche. 4. Preisrelationen für Getreide und Gemüse aus der Ernte 1918. 5. Überkontingentsprämien. 6. Valutaabgabe bei Ausfolgung von Ausfuhrzertifikaten nach dem Auslande. 7. Einhebungsart der Wechselstempelgebühr bei Summen über 1000 Rubel. 8. Aufhebung der fleischlosen Tage. 9. Bewilligung zum Graben nach Schlachtungsabfällen und Kadavern im Kreise Włoszczowa.

1.

Weitere Einlösung der 10 Heller - Nickelmünzen.

Nickelmünzen zu 10 Heller öst. und ung. Gepräges, die bis 30. April 1918 zur Einlösung zu bringen waren, werden von den militärischen Kassen auch noch bis auf weiteres zum Nennwerte bei allen Zahlungen und im Verwechslungswege angenommen.

2.

Verordnung vom 17. Mai 1918, betreffend den Reiseverkehr zwischen dem Okkupationsgebiete einerseits, Russland und der Ukraine anderseits.

Auf Grund der Kraft Allerhöchsten Oberbefehles erteilten Ermächtigung Seiner k. u. k. Apostolischen

Majestät wird für die in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebiete Polens gemäss Artikel II, Absatz 2, des Verfassungspatentes vom 12. September 1917, Nr. 75 V. Bl. zur Wahrung wichtiger Kriegsinteressen folgendes verordnet:

§ 1.

Zum Überschreiten der Grenze des Okkupationsgebietes ist bei Reisen nach oder aus Russland oder der Ukraine ausser dem in § 4 der Passverordnung vom 25. August 1915, Nr. 35 V. Bl. vorgeschriebenen Reisepässe eine militärische Bewilligung (Passierschein) notwendig.

Ansuchen um diese Bewilligung werden von der Passbehörde, d. i. dem k. u. k. Kreiskommando oder der k. u. k. Vertretungsbehörde im Auslande entgegengenommen und mit dem ordnungsmässig ausgestellten Reisepasse der zuständigen militärischen Stelle vorgelegt.

Das in § 4, Absatz 1 der Passverordnung für Reisen in das Okkupationsgebiet vorgeschriebene Visum ist bei den im ersten Absatze bezeichneten Reisen nicht notwendig.

§ 2.

Staatsangehörige im Königreiche Polen, die mit Bewilligung des Militärgeneralgouvernements aus Russland oder der Ukraine in ihren ständigen Aufenthaltsort im Okkupationsgebiete zurückkehren, sind von der Beibringung der militärischen Bewilligung (§ 1.) befreit.

Der Militärgeneralgouverneur kann für die Rückkehr der im ersten Absatze bezeichneten Personen Erleichterungen von den Vorschriften der Passverordnung über die Ausweispflicht bewilligen und die Beförderung der Rückwanderer in Sammeltransporten regeln.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

3.

Umzäunen der privaten Steinbrüche.

Es wurde wahrgenommen, dass die sich stets enorm mehrenden kleinen, privaten Steinbrüche, nicht nur auf höchst irrationelle Weise immer wieder neue Grundstücke der heute so kostbaren Bebauung berauben, sondern überdies, ohne Einhaltung der primitivsten Sicherheitsmassnahmen angelegt werden.

Was die erwerbsmässigen Steinbrüche anbelangt, wurden separate Anordnungen erlassen.

Bezüglich der seitens der Grundbesitzer (Pächter) auf ihren Grundstücken zum eigenen Gebrauch angelegten Steinbrüche, werden dieselben hiemit verpflichtet diese Steinbrüche (Gruben) ordentlich und zwar in erster Linie durch entsprechende Einfriedung zu sichern.

Die Nichtbefolgung dieser Anordnung wird vom k. u. k. Kreiskommando mit Geldstrafe bis 200 K. oder Arreststrafe bis zu 14. Tagen bestraft.

Überdies hat der Magistrat, bzw. Wójt, im Falle der Nichtbefolgung, ungeachtet des Strafverfahrens, die nötige Sicherung auf Kosten des Grundbesitzers (Pächters) anzuordnen und vom demselben sodann die Kosten einzutreiben.

Diese Verordnung ist sofort zu verlautbaren.

Endlich wird darauf aufmerksam gemacht, dass sich unplanmässige Anlage immer neuer Steinbrüche (Gruben) als Verschwendung des Bodens darstellt und den einfachsten ökonomischen Grundsätzen widerspricht, denn 1. ordnungsmässig angelegter Steinbruch bei fachgemässen Materialgewinnung, könnte für eine oder mehrere Ortschaften ausreichen.

4.

Preisrelationen für Getreide und Gemüse aus der Ernte 1918.

Mit Vdg. LV. Nr. 29226 vom 20. April 1918 wird das Wertverhältnis in Prozenten für Getreide, Hülsenfrüchte und Gemüsesorten der neuen Ernte in nachstehender Tabelle bekanntgegeben.

Als Einheit gilt bei der Relation für Getreidearten und Hülsenfrüchte der Weizenpreis, für Gemüsesorten der Kartoffelpreis bei der Übernahme bis Ende November.

TABELLE

betreffend Relation der Getreide, Hülsenfrüchte und Gemüsesorten.

Gruppe	Pflanzenart	Pro- zent- satz	Gruppe	Pflanzenart	Pro- zent- satz	A n m e r k u n g
Getreide und Hülsenfrüchte	Weizen	100	G e m ü s e	Kartoffel	100	von Zuckerfabriken nicht kontrahierte (Salatbeete)
	Roggen	87		Kohlrübe	125	
	Gerste	87		Stechrübe		
	Hafer	95		Dorschen		
	Hirse	150		Wrucken		
	Buchweizen	130		Stoppelrübe		
	Wicke	130		Halmrübe		
	Pferdebohne	150		Futterrübe	80	
	Lupine	90		Halbzuckerrübe	80	
	Erbse	500		Zuckerrübe	80	
	Peluschke	300		Rote Rübe	200	
	Fisolen	600		Ober-Kohlrabi	150	
	Linsen	700		Karotten	225	
				rote Speisemöhren	150	
		gelbe "	150			
		weise Futtermöhren	100			
			Petersilie	175	Wirsing Blätterkohl spätes	
			Sellerie	250		
			Kohl	160		
			Kraut	150		

Beispiele

der Preisbildung bei Getreide, Hülsenfrüchten und Gemüse auf Grund der Relationen.

Pflanzenart	Prozentsatz	Beträgt der								
		Weizenpreis Kronen. pro 1. q.				Kartoffelpreis Kronen pro 1. q.				
		60	65	70	75	16	18	20	22	24
		so beträgt der Preis für nebenstehende Bodenprodukte per 1 q. in K.								
Roggen	87	52.20	56.55	60.90	65.25					
Gerste	87	52.20	56.55	60.90	65.25					
Hafer	95	57.—	61.75	66.50	71.25					
Hirse	150	90.—	97.50	105.—	112.50					
Buchweizen	130	78.—	84.50	91.—	97.50					
Lupine	90	54.—	58.50	63.—	67.50					
Erbse	500	300.—	325.—	350.—	375.—					
Peluschke	300	180.—	195.—	210.—	225.—					
Fisolen	600	360.—	390.—	420.—	450.—					
Linsen	700	420.—	455.—	490.—	525.—					
Futterrübe	80	—	—	—	—	12.30	14.40	16.—	17.60	19.20
Rote Rübe	200	—	—	—	—	32.—	36.—	40.—	44.—	48.—
Karotten	225	—	—	—	—	36.—	40.50	45.—	49.50	54.—
rote Speisemöhren	150	—	—	—	—	24.—	27.—	30.—	33.—	36.—
Kohl	160	—	—	—	—	25.60	28.80	32.—	35.20	48.40
Kraut	150	—	—	—	—	24.—	27.—	30.—	33.—	36.—

5.

Überkontingentsprämien.

Ad EV. Nr. 1189/18 vom 25. April werden die Produzenten die Anspruch auf Prämien haben aufgefordert, nach beendeter freiwilliger Abstellung ihrer gesamten Überschüsse, unter Vorweisung des ordnungsgemäss ausgefüllten Getreidepasses, ihre Forderungen bei der LA. geltend zu machen.

Zur Dokumentierung der abgestellten Mengen ist zu erbringen:

- 1) Der Getreidepass mit einer vom Produzenten selbst besorgten legalisierten Abschrift desselben;
- 2) Die Roten Einlieferungsbestätigungen über Einlieferungen in die EVZ. Magazine;
- 3) Die Bestätigung des zuständigen Gendarmerie-Posten-Kommandos, dass die Abstellung freiwillig und nicht mit Zwangsmitteln erfolgt ist und das sämtliche Vorräte restlos abgeliefert wurden.

Allfällige Prämienschuldigkeiten der PGZ. werden nicht bezahlt, sondern durch diese selbst.

Nach diesen Ausführungen bleiben die Rechte der Produzenten hinsichtlich Prämienuerkennung bewahrt, wenngleich die Auszahlung nicht sofort, sondern zu einem späteren Termin erfolgt.

6.

Valutaabgabe bei Ausfolgung von Ausfuhrzertifikaten nach dem Auslande.

Bei Ausfolgung von Ausfuhrzertifikaten nach dem Auslande ist für die Bezahlung der Markwerte in Kronen der jeweilige Kurs massgebend. Differenzen die sich aus den Kursschwankungen ergeben, hat der Käufer bzw. Verkäufer zu tragen. Die Militärverwaltung oder die Österr.-Ungar. Bank kommen für diese nicht auf.

7.

Einhebungsart der Wechselstempelgebühr bei Summen über 1000 Rubel.

Mit der Verordnung vom 10. Mai 1918, FA. Nr. 301, 131 hat das k. u. k. Militärgeneralgouvernement in Bezug auf die Einhebungsart der Wechselstempelgebühr bei Summen über 1000 Rub. folgendes angeordnet:

Bei Wechselsummen über 1000 Rub. ist die erhöhte Wechselgebühr (per 20. kop. von je 100 Rb.)

- a) bis zu 20 Rb. nur mittels Stempelmarken
- b) über 20 rub. mittels Stempelmarken oder in Baren zu entrichten.

Bei Entrichtung der Wechselgebühr mittels Stempelmarken sind die Marken links auf der Vorderseite des Blankettes anzubringen und sohin die Blankete zwecks Obliterierung der dazu berufenen Stelle vorzulegen.

Zur Obliterierung der Stempelmarken sind berechtigt:

- a) sämtliche Finanzabteilungen bei den k. u. k. Kreiskommanden (bei Kreiskommanden des Gefällsdienstes, die Gebührenreferate)
- c) die Notare und Friedensrichter.

Die Barenrückzahlung hat nur bei der Kreiskassa stattzufinden. Wurde jene Wechselurkunde ohne Entrichtung der Stempelgebühren ausgestellt, so kann sich der Besitzer der ungestempelten Urkunde den nachteiligen Folgen des Art. 173 des Stempelges. entziehen durch nachträgliche Entrichtung der Gebühr innerhalb 30 Tagen von der Ausstellung der Urkunde, jedenfalls aber vor Beisetzung des Akzeptes bzw. vor dem

Amtsgebrauche der Urkunde (Art 191 und Art. 130 des Stempelgesetzes.

8.

Aufhebung der fleischlosen Tage.

Mit Vdg. des k. u. k. Militärgeneralgouvernements vom 24. Mai l. J. Nr. 35 V. Bl. wurden die mit §§ 1, 2 und 4 der Vdg. vom 8. Februar 1918, Nr. 15 V. Bl. eingeführten Beschränkungen des Fleischverbrauches im k. u. k. Verwaltungsgebiete mit 3. Juni l. J. aufgehoben.

Ab 3. Juni l. J. ist somit sowohl der Verkauf, wie auch die Zubereitung und der Genuss von Fleisch aller Art an allen Tagen der Woche gestattet.

9.

Bewilligung zum Graben nach Schlachtungsabfällen und Kadavern im Kreise Włoszczowa.

Der Firma Chaim Friedmann u. Abraham Friedmann aus Warschau sowie deren legitimierten Parteiführern wurde seitens des MGG. RS. ad Nr. 270.864 die Bewilligung erteilt im Kreise Włoszczowa nach Schlachtungsabfällen und Kadavern zu graben und ist denselben die weitgehendste Unterstützung, seitens aller Behörden und Zivilbevölkerung zu gewähren.

Die Zivilbevölkerung ist verpflichtet die ehemaligen Stand- und Schlachtungsplätze den legitimierten Einkäufer zu zeugen und möglichst zu unterstützen.

Bei Grabungen auf Privatbesitz ist der eventueller verursachte Schaden nach privater Vereinbarung zwischen den Parteien oder nach Schätzung des Ortsvorstandes und des nächsten Gendarmeriepostenkommandanten von der Vertragsfirma zu bezahlen.

Nach beendeter Arbeit sind die Schlachtungsabfälle und Kadaverteile wieder sorgfältigst in die Gruben zu werfen und solche entsprechend zu verschrütten.

Obige Vertragsfirma hat das Recht auf Beistellung von landesüblichen Fuhrwerken zu den vom k. u. k. MGG. festgesetzten Tarifen.

Der k. u. k. Kreiskommandant:

ALOIS v. GÖTTL m. p.

Generalmajor